

## Regierungsgegner festgenommen

HARARE: Die Polizei in Simbabwe hat über 300 Regimekritiker festgenommen, die einen Protestmarsch gegen Präsident Robert Mugabe vorbereiten wollten. Wie die Organisatoren der für das Wochenende geplanten Veranstaltung gestern mitteilen, wurden die 354 Aktivisten bereits am Vortag in einer von einer Kirche betriebenen Herberge in Harare festgenommen. Nach Angaben der Polizei wird den Festgenommenen Teilnahme an einer illegalen Versammlung vorgeworfen.

Die Regierung setzt damit auch nach der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Mugabe vor einem Monat ihre Kampagne gegen Regimekritiker fort.

## Stück der Berliner Mauer übergeben

NEW YORK: Deutschland hat den Vereinten Nationen in New York ein Stück der Berliner Mauer geschenkt. Bei einer Übergabefeier im Skulpturengarten der UNO sagte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse: «Die Mauerteile sollen eine Mahnung sein.»

Der übergebene Mauerteil besteht aus drei jeweils 3,6 Meter hohen und 2,8 Tonnen schweren Abschnitten. In Berlin standen sie in der Nähe des Brandenburger Tores am Leipziger Platz. Ihre neue Heimat ist in einer idyllischen Grünanlage beim UNO-Glaspalast, wenige Schritte vom East River entfernt.

## Wiederaufnahme von Gesprächen

SEOUL: Der Sonderbotschafter Südkoreas, Lim Dong Won hat sich nach offiziellen Angaben mit Nordkorea über die Wiederaufnahme der Familien-Zusammenführungen und Handelsgespräche verständigt.

Beide Seiten bereiteten zum Abschluss ihrer Gespräche gestern eine gemeinsame Erklärung vor, die ausser neuen Familienzusammenführungen auch eine Einigung über bilaterale Wirtschaftsgespräche enthalten könnte, sagte ein Sprecher des Vereinigungsministeriums in Seoul.

## Musharraf droht mit Atombombe



HAMBURG: Der pakistanische Militärmachthaber Pervez Musharraf (Bild) hat Indien im Konflikt um die umstrittene Provinz Kashmir mit der Atombombe gedroht. Indien befindet sich im Grossmacht-Wahn und wenn der Druck auf sein Land zu gross werde, komme als allerletzte Möglichkeit auch die Atombombe in Frage, sagte Musharraf in einem gestern veröffentlichten Interview des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel».

Mit der Verhaftung zahlreicher Islamistenführer und den Verboten ihrer Organisationen habe Pakistan genügend Vorleistungen erbracht, um die Krise zwischen beiden Staaten zu entschärfen, sagte Musharraf weiter. Indien rüste jedoch weiter mit aller Macht auf. An der versprochenen Rückkehr zur Demokratie und an Wahlen in Pakistan will Musharraf festhalten. Ein Volksentscheid solle seine Präsidentschaft legitimieren.

# Israel dehnt Offensive aus

Mindestens 27 Palästinenser getötet - US-Vermittler Zinni mit Arafat zusammengetroffen

RAMALLAH: Ungeachtet einer neuen UN-Resolution und des Appells von US-Präsident George W. Bush zum Gewaltverzicht hat Israel gestern seine Offensive in den palästinensischen Gebieten weiter ausgedehnt. Dabei wurden mindestens 27 Palästinenser getötet. Inmitten der militärischen Operationen und Angriffe traf der US-Gesandte Anthony Zinni mit dem in seinem Amtssitz in Ramallah eingeschlossenen palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat zu einem 90-minütigen Gespräch zusammen.

Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon hatte die Erlaubnis zu dem Treffen erst am Vortag gegeben. Arafat wird seit einer Woche in seinem Hauptquartier von der israelischen Armee belagert. Zinni war der erste ausländische Regierungsvertreter, der ihn seitdem besuchen durfte. Journalisten, die über die Unterredung von Zinni und Arafat berichten wollten, wurden von Soldaten mit Tränengas vertrieben.

Israelische Soldaten töteten gestern zwei führende militante Palästinenser, wie palästinensische Kreise und das israelische Fernsehen berichteten. Dabei handle es sich um Keis Odwan, den Chef des militärischen Flügels der Hamas im Norden des Westjordanlandes, und um Nasser Awais, den Führer der Al-Aksa-Brigaden in derselben Region. Zusammen mit Odwan seien in Tubas im Westjordanland fünf weitere Hamas-Mitglieder getötet worden. Odwan soll für einen der Selbstmordanschläge während des Passah-Festes in Israel verantwortlich gewesen sein, bei dem 26 Menschen getötet wurden.

Die Besetzung der palästinensischen Städte im Westjordanland wurde laut Berichten des israelischen Rundfunks noch beschleunigt. Damit wollte Sharon offenbar vor Eintreffen des US-Aussenministers Colin Powell Anfang der Woche vollendete Tatsachen schaffen. Gestern führte Powell bereits ein Telefongespräch mit Arafat, wie ein Sprecher des Präsidenten mitteilte.

### UN-Menschenrechtskommission verurteilt Israel

Der UN-Sicherheitsrat forderte Israel in seiner dritten Nahost-Resolution innerhalb eines Monats zum Rückzug «ohne Verzögerung» auf. In Nablus und den nahe gelegenen Ortschaften Balata und Dschenin kamen nach Berichten von Ärzten und Augenzeugen am Freitag insgesamt 13 Palästinenser ums Leben. Im Westjordanland wurde die Stadt Tubas neu besetzt. Sechs Panzer rückten in den 20 000-Einwohner-Ort ein. Sieben Bewohner, darunter ein 14-jähriges Mädchen, wurden von Panzergranaten getötet.

Die UN-Flüchtlingshilfsorganisation UNRWA übte scharfe Kritik an Israel



Ein Konvoi mit etwa 25 internationalen Journalisten war von israelischen Soldaten mit Tränengas und Blendgranaten angegriffen und zur Umkehr gezwungen worden. Das Militär hatte die Zufahrt zu Arafats Amtssitz gesperrt.

und warf dessen Streitkräften vor, gezielt auf medizinische Einrichtungen und Ambulanzfahrzeuge zu schießen. UNRWA-Chef Peter Hansen sagte in Jerusalem, medizinische Einrichtungen würden zerschlagen, Arzneimittel

vernichtet und Drohsprüche an Wände gesprüht.

Auch die UN-Menschenrechtskommission verurteilte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch Israel. Mit 44 gegen zwei Stimmen bei sieben

Enthaltungen verabschiedete das Gremium am Freitag in Genf eine Resolution, die die Entsendung einer Delegation unter Leitung der Menschenrechtskommissarin Mary Robinson ins Krisengebiet vorsieht.

## ISAF über Festnahmeaktion nicht informiert

Schutztruppe fordert Erklärung über Vorgehen in Kabul

BAGRAM: Die internationale Schutztruppe in Afghanistan war nach den Worten eines Sprechers nicht über die jüngste Festnahmeaktion der Interimsregierung gegen mutmassliche Verschwörer informiert. Die Schutztruppe (ISAF) bemühte sich gestern um eine Erklärung der afghanischen Behörden. «Wenn eine Art Putsch bevorstehen haben soll, hätten Sie uns das vielleicht wissen lassen sollen», umschrieb der britische ISAF-Sprecher Leutnant Tony Marshall die Anfrage.

Bei der Aktion wurden nach Angaben vom Donnerstag rund 300 Menschen festgenommen. Viele wurden später wieder freigelassen, 160 befanden sich aber weiterhin in Gewahrsam. Bei den meisten Festgenommenen soll es sich um Mitglieder der fundamentalistischen muslimischen Organisation

Hesb-i-Islami handeln, die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatjar angeführt wird. Ein Sprecher von Hesb-i-Islami erklärte jedoch gestern, die Festgenommenen hätten die Gruppierung vor Jahren verlassen. ISAF-Sprecher Oberstleutnant Neal Peckham beschrieb die Lage in Kabul als ruhig. Auch seien der ISAF keine gezielten Drohungen gegen Ausländer bekannt.

### Kopfgeld ausgesetzt

Die US-Armee in Afghanistan sprach dagegen von «glaubwürdigen Drohungen», die eingegangen seien. Dazu zählten auch Flugblätter, in denen eine Belohnung von 50 000 Dollar (rund 57 000 Euro) für die Gefangennahme und von 100 000 Dollar für die Tötung eines westlichen Ausländers ausgesetzt werde. Afghanen, die die Antiterrorallianz oder die Interimsre-

gierung unterstützten, werde darin Gewalt angedroht, erklärte Major Iris Hurd in Bagram. Die Flugblätter seien von Kämpfern der El Kaida und der Taliban in Umlauf gebracht worden, erklärte die Sprecherin weiter.

Bei einem Besuch in Ankara erneuerte der afghanische Ministerpräsident Hamid Karsai die Forderung nach einer Ausdehnung des Mandats der ISAF auf Gebiete ausserhalb von Kabul.

Die Menschen dort wünschten diese Ausdehnung als Garantie andauernder Sicherheit, erklärte Karsai gestern. Es sei der Wunsch des afghanischen Volks, dass die Türkei das Kommando der Schutztruppe übernehme und so lange behalte, wie es ihr möglich sei. Er werde sich in Gesprächen mit den USA und Grossbritannien dafür einsetzen, die wenigen noch bestehenden Vorbehalte der Türkei auszuräumen.

## Prozess um ermordeten Journalist

KARACHI: Unter massiven Sicherheitsvorkehrungen hat gestern in Pakistan der Prozess um die Entführung und Ermordung des amerikanischen Journalisten Daniel Pearl begonnen. Vier Angeklagte müssen sich in Karachi wegen Mordes, Entführung und Terrorismus verantworten. Im Falle einer Verurteilung droht ihnen die Todesstrafe. Kurz nach Beginn der Verhandlung wurde das Verfahren, von dem die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, um eine Woche vertagt, weil die Verteidigung die Vorlage von Beweismitteln verlangte.

Pearl, der Asien-Korrespondent des «Wall Street Journal», war am 23. Januar von einem geheimen Treffen mit islamischen Extremisten in Karachi nicht mehr zurückgekehrt. Die Staatsanwaltschaft ist bei ihrer Beweisführung weitgehend auf Indizien angewiesen.